



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Kulla Gunnarstorp.“ Fräulein Nielsen sang Lieder, hörte jedoch sogleich auf, als sie bemerkte, daß Frau Petersen einen kleinen Vorsprung in der Gunst des hochvornehmen Gastes gewann, und wußte mit echt weiblicher Schneidigkeit einzurichten, daß Frau Petersen am Piano zu stehen kam. Die Herren sangen im Chor.

Katt und Johansen redeten immer noch sachlich miteinander.

Als die Uhr auf zwölf ging, hielt der Kammerherr, bevor er sich zurückzog, noch eine Rede:

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für dieses schöne Fest.

Hierauf küßte er den Damen galant die Hand und flüsterte Katt zu: Dieses nette kleine Fest werde ich Ihnen niemals vergessen, Herr Kattrup.

Dann verschwand er. Die Stimmung aber wurde immer ungebundener. Katt spielte Klavier, und die Herren waren im schönsten Zuge, die Damen totzutanzten.

Es wurde beschlossen, an den Gutsherrn Steensfeld oder, richtiger, an den Partikulier Swedenborg zurzeit Cadababbia ein Telegramm zu senden, das von allen Anwesenden eigenhändig unterschrieben wurde, von Frau Petersen mit einem Bedauern über ihre schlechte Handschrift, deren sie sich tief schämte.

Was wird Herr Steensfeld sagen, wenn er das sieht, klagte sie.

Katt tröstete sie jedoch damit, daß Herr Steensfeld gewiß mehr auf den guten Willen sehen werde. Des Festes Glanzpunkt aber war und blieb doch der Herr Kammerherr.

Und ohne Folgen sollte das nicht bleiben; es bildete die Einleitung und Befestigung einer dauernden Geschäftsfreundschaft zwischen dem Kammerherrn von Schinkel und Katt; es sollte der Schlüssel zu mehreren Rätseln werden, aus denen der Marquis von Carabas nicht klug zu werden vermochte, und es verschaffte schließlich dem Fräulein Nielsen ein kleines, verschämtes Billett, das der drallen Dame einiges Herzklopfen verursachte und ihr außerdem einen weniger augenblicklichen Vorteil brachte. So war der Kammerherr nämlich.

Katt aber zog vertrauensvoll nach Steensgaard heim, von den Leuten geschätzt und von den höhern Rangklassen gewürdigt. Nun begann seine Wirksamkeit erst eigentlich.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. (Die Liberalen und das preußische Wahlrecht. Die Annahme der Ostmarkenvorlage im Abgeordnetenhaus.)

Berlin, 19. Januar 1908

Die Linke in Parlament und Presse tobt gegen den Reichskanzler, weil er als Ministerpräsident am 10. Januar im preußischen Abgeordnetenhaus die Forderung der Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen entschieden zurückgewiesen hat. Mit welcher Kaltblütigkeit und Unbefangenheit hierbei der Vernunft und Logik ins Gesicht geschlagen wird, ist erstaunlich. Sehen wir uns die Lage noch einmal genauer an.

Die Parteien des fortschrittlichen Liberalismus sind immer für eine Änderung des preußischen Wahlrechts eingetreten. Es ist also selbstverständlich, daß sie diese Forderung nicht aus ihrem Programm streichen, vielmehr im Lande dafür Stimmung zu machen suchen. Dagegen läßt sich natürlich auch vom gegnerischen Standpunkt aus nichts sagen. Aber nicht darum handelt es sich jetzt. Die Linkliberalen fordern

vielmehr von der Regierung die Wahlrechtsreform als ein Stück des Programms der Blockpolitik und empfinden die Ablehnung ihrer Forderung als einen unerwarteten Schlag gegen die Blockpolitik überhaupt, als eine Enttäuschung, eine Nichteinlösung gegebener Zusagen, und was dergleichen Anklagen mehr sind.

Vor einer nüchternen Prüfung können diese Anklagen nicht bestehen. Die Wahlrechtsform kann kein Bestandteil des Blockprogramms sein, im Gegenteil, sie widerspricht dem Wesen der Blockpolitik durchaus. Denn was hat Fürst Bülow gemeint, als er nach der Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 von jener berühmten „konservativ-liberalen Paarung“ sprach, die den Grundgedanken der sogenannten Blockpolitik bildet? Es ist oft genug bis zum Überdruß erklärt worden. Fürst Bülow ist der Meinung, daß die Parteien der Rechten und der bürgerlichen Linken so weit gereift, und daß ihre Gegensätze im Laufe der Zeit so weit gemildert seien, daß sie — wie es in andern Ländern längst selbstverständlich ist — in großen Fragen von nationaler Bedeutung zusammengehen und nötigenfalls eine sichere Mehrheit gegen Zentrum und Sozialdemokratie bilden können. Um diese Mehrheit zu festigen und trotz der prinzipiellen Gegnerschaft zwischen konservativ und liberal die Neigung zur gegenseitigen Verständigung zu stärken, wird sich die Regierung bemühen müssen, nicht ohne zwingende Gründe Vorlagen zu machen, die geeignet sind, die Parteigegensätze wieder schärfer aufeinanderplätzen zu lassen. Darin muß sie aber auch von den Parteien selbst soweit als möglich unterstützt werden. Es ist also eine ganz natürliche und notwendige Folgerung aus der ganzen Lage, daß die Parteien nicht zwecklos Fragen in den Vordergrund schieben, in denen eine Eintigung der Konservativen und der Liberalen von vornherein ausgeschlossen ist. Denn es wäre bei dem Wesen unsrer Parteien, die ja nicht persönliche Gefolgschaften ehrgeiziger Politiker, sondern Vertretungen verschiedener Auffassungen der grundlegenden Fragen sind, ganz widersinnig, ein politisches System auf dem Gedanken aufzubauen, daß die Konservativen liberale Politik machen sollen oder die Liberalen konservative. Das heißt denn doch der menschlichen Natur zuviel zumuten. Im Gegenteil, das Wesen des Blocks besteht darin, daß die trennenden Fragen möglichst ruhen sollen und beiseite geschoben werden, damit das übrigens recht ausgedehnte Gebiet der Fragen, in denen sich die verschiedensten grundsätzlichen Anschauungen sehr wohl zusammenfinden können, und in denen bisher eigentlich nur schlechte Gewohnheit, Überlieferung und unberechtigtes Mißtrauen trennend gewirkt haben, desto erfolgreicher bearbeitet werden kann. Die Parteien hatten sich also zu überlegen, ob sie die Regierung in einer Politik dieser Art unterstützen wollen oder nicht. Erklärten sie sich für den Block, so übernahmen sie damit die Verpflichtung, nicht etwa die Politik der Gegenpartei zu machen und ihre eignen Grundsätze zu verleugnen, wohl aber alle die Fragen vorläufig zurückzustellen, die an die Gegenpartei eine zu starke Zumutung stellten. Glaubten Parteien dieses Verfahren mit ihrem politischen Gewissen nicht vereinen und vor den Wählern nicht verantworten zu können, dann konnten und durften sie sich eben nicht bereit erklären, in den Block einzutreten. Aber den Block anerkennen und sich zu seinen Grundsätzen verpflichten und dann bei der ersten Gelegenheit entgegen dem Grundgedanken dieser Politik eine Forderung stellen, die dem Partner im Block einen politischen Selbstmord zumutet, das geht denn doch zu weit über die Grenze des Zulässigen hinaus.

Die Linksliberalen haben dieses Kunststück gleichwohl fertig gebracht. Mit der ihnen eignen freundlichen Selbstverständlichkeit nehmen sie an, daß die Rechte als Gegengeschenk für die Ehre, daß sich die kleinen Gruppen auf den Bänken der Linken gnädigst herbeiließen, im Block mitzumachen, ihnen die konservativen Überzeugungen und Grundsätze willig zu Füßen legen würde. Was hätte sonst der

ganze Block für einen Zweck gehabt? Das Rezept ist doch einfach genug: Haben die Liberalen die Mehrheit, so muß es ohnehin nach ihren Wünschen gehn; haben sie die Minderheit, so muß es erst recht geschehen. Dann muß eben die Regierung die Konservativen zwingen, den Liberalen hübsch zu gehorchen. Es ist zwar gegen die eignen Prinzipien, aber das macht nichts.

Es war die erste sehr bezeichnende Tat der Herren Raumann und Genossen, sich zur Liberalisierung des Blocks gerade ausgerechnet die preußische Wahlrechtsreform herauszugreifen, d. h. die Frage, die die Konservativen am stärksten reizen und verstimmen mußte und dem Geiste der Blockpolitik am entschiedensten zuwider lief. Es war ungefähr dasselbe, als wenn die Konservativen als Bedingung für ihren Eintritt in den Block die Vorlegung eines preußischen Schulgesetzes nach ihrem Sinne gefordert hätten. Die freisinnigen Fraktionen sind aber diesen Eingebungen der Fitz- und Querköpfe widerstandslos gefolgt und haben wirklich die Lösung der preußischen Wahlrechtsfrage auf ihre Fahnen geschrieben. Trotzdem haben sie noch bei der letzten Krisis im Reichstage ihr Festhalten am Block betont. Darauf mußte man eine Erklärung des Inhalts erwarten, daß die freisinnigen Parteien zwar an ihrer prinzipiellen Forderung einer Reform des preußischen Wahlrechts festhalten und ihre Agitation im Lande zu diesem Zwecke fortsetzen müßten, daß sie aber von einer parlamentarischen Aktion vorläufig mit Rücksicht auf die Blockpolitik absehen würden. Das wäre loyal und logisch gewesen. Ein anderer, ebenso einwandfreier Weg wäre die Erklärung gewesen, daß sich die freisinnigen Parteien überzeugt hätten, wie die Blockpolitik ihnen o große Opfer in ihrem Wirken für ihre wichtigsten, grundlegenden Forderungen auferlege, daß sie sich nicht mehr verpflichten könnten, im Sinne dieser Politik mitzuarbeiten.

Weder die eine noch die andre Erklärung ist abgegeben worden. Die Freisinnigen haben einerseits erklärt, am Block festhalten zu wollen, und haben andererseits im preußischen Landtage eine Interpellation eingebracht, die dem Ministerpräsidenten zumutete, den Block in die Luft zu sprengen. Denn dies wäre die Folge gewesen, wenn Fürst Bülow eine Antwort gegeben hätte, die die freisinnigen Interpellanten befriedigte. Vor allem hätte Fürst Bülow mit einer solchen Antwort sich selbst unmöglich gemacht; denn er hätte etwas Undurchführbares versprechen und seine eigne Politik desavouieren müssen.

Um das offenbar Unsinnige ihres Vorgehens zu bemänteln, berufen sich die Linksliberalen darauf, daß Fürst Bülow in seinen programmatischen Erklärungen seit den letzten Reichstagswahlen „liberale Zugeständnisse“ versprochen habe. Die Aufrichtigkeit dieser Zusage aber — so argumentieren sie weiter — können wir nur dann erkennen und zugestehn, wenn die Regierung für unsre erste und wesentlichste Grundforderung Verständnis zeigt, und das ist die Reform des preußischen Wahlrechts. Wie verhält es sich nun mit diesem Versprechen des Fürsten Bülow?

Wer zwei Parteien, die sich bis dahin mit Abneigung und Mißtrauen gegenübergestanden haben, für bestimmte Zwecke zusammenbringen will, muß vor allem nach beiden Seiten ehrliches Spiel treiben. Das würde offenbar nicht geschehn, wenn Fürst Bülow die Bereitwilligkeit der rechtsstehenden Parteien, in einer neuen Mehrheit nach ganz neuen Grundsätzen mitzuwirken, dahin mißbrauchen wollte, um plötzlich liberale Politik zu machen. Mit den „liberalen Zugeständnissen“ muß es sich also doch etwas anders verhalten. Die Lage war bekanntlich die, daß der liberale Flügel des Blocks nach den Machtverhältnissen, die durch die parlamentarischen Grundsätze gegeben waren, keine Aussicht hatte, für sich etwas durchzusetzen. Zentrum und Sozialdemokratie hätten selbstverständlich keinen Finger gerührt, um für spezifisch liberale Interessen irgendetwas Positives zu tun. Die Parteien

der Rechten aber konnten jederzeit die abgebrochene Verbindung mit dem Zentrum wiederherstellen und teilweise auf dem Wege der Übereinstimmung in vielen Fragen, teilweise auf dem Wege des „Ruhhandels“ eine Mehrheit bilden, die den Liberalismus an die Wand drücken half. Wenn Fürst Bülow nun der Sache eine andre Wendung geben, die Rechte ganz vom Zentrum lösen und zum Zusammenarbeiten mit der Linken bringen wollte, dann mußte er darauf bedacht sein, die ungleichen Chancen von Rechts und Links einigermaßen auszugleichen. Er mußte den Liberalen einen Vorteil bieten, den sie ohne die gewünschte Zusammenarbeit mit den Konservativen nicht erreichen konnten, und er mußte den Konservativen eine Sicherheit geben, daß sie durch ihre Mitwirkung an der Blockpolitik nicht in eine Aktion verwickelt würden, die sie in einem nicht zu übersehenden Umfange an den liberalen Triumphwagen fesselte. Die liberalen Zugeständnisse des Kanzlers verpflichteten ihn also nicht nur nach der liberalen, sondern auch nach der konservativen Seite hin, indem sie die Grenze angaben, innerhalb deren — bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags! — vorläufig liberale Politik getrieben und die Mitwirkung der Konservativen in Anspruch genommen werden konnte. Daß die Erfüllung gerade dieser liberalen Zugeständnisse der Regierung nur möglich ist, wenn die bezeichnete Grenze streng innegehalten wird, liegt auf der Hand, wenn man sich nur ein klein wenig Mühe gibt, die ganze Lage objektiv zu betrachten. Es muß darum auf einigermaßen unbefangene denkende einen merkwürdigen Eindruck machen, wenn die Liberalen unter solchen Umständen mit dem leidenschaftlichen Verlangen hervortreten, die Regierung solle ihre ganze politische Arbeit mit dem Block damit anfangen, daß sie über ihre Zusage weit hinausgeht, nur um die radikalsten liberalen Forderungen zu erfüllen und dadurch die Konservativen aus dem Block hinauszutreiben.

Nun berufen sich die Liberalen darauf, daß in Preußen keine parlamentarische Regierung besteht, die Regierung also in ihren Entschlüssen nicht an die Parteien der Mehrheit gebunden ist. Das ist so weit richtig, als damit die stärkere Initiative der Regierung und ihre Unabhängigkeit von Parteiprogrammen gekennzeichnet wird. Aber bei den praktischen Aufgaben der Gesetzgebung kann doch die Unabhängigkeit des Willens der Regierung von der Parlamentsmehrheit nicht so weit getrieben werden, daß es die Regierung in jedem beliebigen Fall auf einen Konflikt ankommen lassen kann. Ein Konflikt kann von einer starken Regierung gewagt werden, wenn ihre Verantwortung für die Macht des Staats durch eine eigenwillige Parlamentsmehrheit gefährdet wird, aber nicht in jeder beliebigen Frage oder gar in einer solchen, die auf eine Stärkung des Einflusses der Massen gegenüber der Staatsgewalt zielt. Doch wie dem auch sein mag, es bleibt höchst eigenartig, daß die Forderung einer Vergewaltigung der Landtagsmehrheit durch die preussische Regierung gerade von den Parteien erhoben wird, die das parlamentarische Regierungssystem als ihr Ideal hinstellen. Man mag die Sache drehen und wenden, wie man will, das Geschrei über die Antwort des Fürsten Bülow auf die Anfrage wegen der Wahlrechtsreform erscheint in jeder Beziehung ungerechtfertigt und widersinnig.

Will der Liberalismus an sein Ziel gelangen, so muß er vor allem dafür sorgen, daß er auf dem von der Verfassung gegebenen Wege eine stärkere Geltung im Parlament erlangt. Man sage nicht, daß er eben daran durch das unzumutbare preussische Wahlrecht verhindert ist. In der Zeit des Verfassungskonflikts hat der Liberalismus mit genau demselben Wahlrecht eine starke Mehrheit im Abgeordnetenhaus erobert, weil er damals eine Zeitströmung vertrat, die die politisch bedeutungsvollen Kreise des Volks wirklich beherrschte. Seitdem ist er rückständig und unfruchtbar geworden. Er hat sich immer auf der Gegenseite der politischen Macht und des realpolitischen Erfolges gehalten und hat die politisch beschränktesten

Grundsätze vertreten — wobei daran erinnert werden mag, daß gerade bei der Eigentümlichkeit des deutschen Charakters politische Beschränktheit oft mit einer hohen Stufe allgemeiner Geistesbildung verknüpft ist. Daher sind in dieser Zeit die wirklich politischen Köpfe immer mehr nach rechts gerückt, während die weniger urteilsfähigen, aber im allgemeinen liberal gerichteten Wählermassen größtenteils zum Sozialismus abschwanken, weil sie das Vertrauen zum bürgerlichen Liberalismus verloren und nur die solange in ihnen genährte Stimmung der Opposition und Verneinung übrig behalten hatten. Daraus folgt aber nicht, daß ein zeitgemäß reformierter, positiv gerichteter, politisch klug geführter Liberalismus nicht wieder eine Zukunft haben könnte. Die Anfänge dazu schienen sich nach dem Tode Eugen Richters, des letzten und begabtesten Vertreters des alten, philiströsen Oppositions- und Scheuklappenliberalismus, bemerkbar zu machen. Der Weg, diese Anfänge weiter zu entwickeln, ist dadurch gegeben, daß der Liberalismus — um es einmal so auszudrücken — die Probezeit besteht, die ihm zunächst durch die Geltendmachung liberaler Grundsätze bei einigen, einstweilen noch beschränkten Aufgaben der Gesetzgebung geboten worden ist. Wenn der moderne Liberalismus lebensfähig und wirkliches Zeitbedürfnis ist, dann kann diese Probe nur die Wirkung haben, daß viele einflußreiche Elemente des gebildeten Bürgertums, die früher durch den unfruchtbaren Doktrinarismus der Liberalen zurückgekehrt worden sind, sich dieser Anschauung wieder zuwenden, ebenso wie alles, was die Massen zur Abkehr vom Sozialismus zu bewegen vermag, notwendig dem Liberalismus zugute kommen muß. Deshalb hätte der Liberalismus gerade mit Rücksicht auf die Zukunft das lebhafteste Interesse daran, jede kleine Schwenkung nach links durch loyale Mitarbeit zu unterstützen, anstatt die gemäßigten Kreise, die soeben wieder Vertrauen zum Liberalismus zu fassen angefangen haben, durch maßloses Vordrängen neuer Streitpunkte wieder abzustößen. Denn darin spricht sich eine Kurzsichtigkeit aus, die alle scheinbar überwundenen Befürchtungen wieder aufwecken muß.

In dieser Woche ist auch die Ostmarkenvorlage vom Abgeordnetenhaus in zweiter und dritter Lesung angenommen worden. Die neuen Kompromißverhandlungen, die infolge der Einsicht in die Unhaltbarkeit des ersten Kompromisses angeknüpft worden waren, hatten zum Ziel geführt. Die unglückliche Idee, die Geltung des Enteignungsrechts auf zwei einzelne Kreise — in jeder Provinz einen — zu beschränken, wurde mit Recht fallen gelassen. Das Enteignungsrecht wurde in dem neuen Kompromiß auf das Gebiet der beiden ganzen Provinzen (Posen und Westpreußen) ausgedehnt; die Beschränkung, die von den Konservativen als Garantie gegen einen Mißbrauch dieses Rechts gefordert wurde, fand auf ganz andre Weise ihren Ausdruck, nämlich erstens in der Festsetzung einer obern Grenze für die nötigenfalls durch Enteignung zu beschaffende Bodenfläche, und zweitens in der Verminderung der jetzt zur Verfügung zu stellenden Mittel, was ja auf eine zeitliche Beschränkung hinausläuft. In der durch dieses Kompromiß gegebenen Fassung ist die Vorlage angenommen worden. Das Unheil, das durch den ersten Änderungsversuch an der Regierungsvorlage drohte, ist also glücklich abgewandt. Freilich bedeutet auch die jetzt angenommene Änderung eine Verschlechterung der ursprünglichen Vorlage. Aber sie hat eine gute Seite; die Vorlage, die hoffentlich auch bald das Herrenhaus passieren wird, ist der erste Schritt, der den zweiten einmal nach sich ziehen muß, und das auf einem Wege, der nach unsrer Meinung trotz allen Schwierigkeiten, die auf ihm drohen, doch der richtige ist. Wir nennen ihn den richtigen Weg, nicht weil eine absolute Gewißheit besteht, daß die Schwierigkeiten, die auch er bietet, alle glatt überwunden werden, sondern weil alle andern Wege, die bis jetzt in Frage gekommen sind, vom Ziele, das notwendig erreicht

werden muß, weit abführen, während dieser eine Weg, falls er geschickt und entschlossen benutzt wird, alle Wahrscheinlichkeit bietet, daß das Ziel erreicht wird. Mehr ist für den Augenblick nicht zu verlangen.

Schriften zur Sozialwissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Maurice Bourguin, Professor der Nationalökonomie an der Université de Paris, untersucht in seinem gründlichen und umfangreichen Werke: Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung (nach der zweiten Auflage übersetzt von Dr. Louis Katzenstein; Tübingen, J. C. B. Mohr, 1906) „die Zukunftsaussichten der sozialistischen Systeme daraufhin, ob sie sich verwirklichen lassen oder nicht“. Im ersten Teil analysiert er: die Systeme des reinen Kollektivismus, solche, die den durch Angebot und Nachfrage entstehenden Wert beibehalten, und den Gruppensozialismus samt dem Genossenschaftswesen und zeigt, wie sich ungefähr bei ihrer Durchführung das gesellschaftliche und das Wirtschaftsleben gestalten könnte. Im zweiten, bei weitem umfangreicheren Teile behandelt er die Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung: die Konzentration in Gewerbe und Handel und ihre Schranken, die Landwirtschaft, den Kapitalismus, die Genossenschaften, Gewerksvereine, Unternehmerverbände, die Ausdehnung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates und der Gemeinden und die Lehren dieser Tatsachen. Ein paar Äußerungen des Verfassers mögen seinen Standpunkt andeuten. „Der Realist wird nicht wie der in seinen Träumen befangne Philosoph sagen: da die Ungleichheit ein Übel ist, so muß das Eigentumsrecht beseitigt werden, auf dem sie beruht. . . . Statt ein soziales System auf rein ideologischer Grundlage zu errichten, wird er immer zuerst nach der Durchführbarkeit fragen und darauf sehen, ob die Keime seiner Reformpläne in der bestehenden Gesellschaft vorhanden sind.“ (S. 359 bis 360.) „Man kann nicht vorsichtig genug sein, wenn man auf Grund gegebener Tatsachen das Rätsel der Zukunft lösen will; aber selbst das vorsichtigste Verfahren, das aus sorgfältigster Beobachtung beruht, kann vergeblich sein und durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt werden. So stützen sich die Voraussetzungen, die im Laufe unserer Untersuchung gewagt worden sind, auf die Verallgemeinerung und Fortführung [?] gewisser Erscheinungen, die in den fortgeschrittensten Ländern beobachtet werden konnten. Gewiß werden aber nicht alle Völker denselben Weg einschlagen; die Entwicklungsbedingungen, die durch das Klima, das Territorium, die Rasse, die Geschichte gegeben sind, sind selbst in den Ländern unserer westlichen Kultur zu verschieden, als daß die Entwicklung überall genau denselben Verlauf nehmen könnte.“ (389 bis 390.) „Die Gesellschaft der Zukunft wird weit demokratischer sein als die heutige, weil die Demokratisierung der politischen Welt notwendig die Demokratisierung der wirtschaftlichen Welt nach sich ziehen muß. Wir müssen uns in die Notwendigkeit dieser Entwicklung fügen. . . . Die Demokratie hat ihre Schwächen, denn sie ist etwas menschliches, aber sie hat auch ihre Größe. Man muß sie ohne Hintergedanken und ohne Furcht willkommen heißen, man muß ihr Liebe und Begeisterung entgegenbringen, weil sie eine Gesellschaftsordnung ist, die auf hoher Kulturstufe die individuellen Werte am höchsten steigert und das größte Glück für die größte Zahl verwirklicht.“ (392 bis 393.) Gegen diese Ansicht von der fortschreitenden Demokratisierung und ihren beglückenden Wirkungen ließe sich mancherlei einwenden, aber die Darlegung der wirtschaftlichen Tatsachen ist musterhaft, und man muß es dem Franzosen besonders anrechnen, daß er von unserm blühenden deutschen Wirtschaftsleben ein sorgfältig ausgeführtes und im ganzen richtiges Bild entwirft — auf Grund unserer reichen nationalökonomischen Literatur, die er vollständig beherrscht. Unter anderm polemisiert er gegen die allzu pessimistische Ansicht Werner Sombarts,

daß unser Handwerk rettungslos dem Untergange verfallen sei. 113 Seiten Anhänge enthalten das statistische Beweismaterial. An deutschen Werken ähnlicher Art haben wir ja keinen Mangel, aber darunter doch kaum eins, das die sozialistischen Theorien und die volkswirtschaftlichen Tatsachen in diesem Zusammenhange und mit dieser Tendenz und dabei so ausführlich behandelte. — Nach dem Franzosen ein Engländer, der uns gerecht wird! Wie mehrere Deutsche den Aufstieg des englischen Arbeiterstandes dargestellt haben, so schildert W. J. Ashley — die Leser kennen ihn ja wohl aus seiner englischen Wirtschaftsgeschichte und aus seinen Beiträgen an deutsche Zeitschriften — Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert. (Deutsch von P. Scharf. Mit Diagrammen und Karten. Tübingen, H. Laupp, 1906.) Gleich Sidney Whitman und vielen andern Engländern, die nach diesem unser Vaterland zu Studienzwecken bereist haben, konstatiert er, daß unser niederes Volk einen weit erfreulichern oder sagen wir vorsichtshalber weit weniger unerfreulichen Eindruck macht als das englische. Er hat sich gefragt, „ob nicht der Schmutz und die Lumpen, die in England so sehr viel häufiger in die Augen fallen, vielleicht besser genährte Körper bedecken“; da er aber nicht in der Lage gewesen ist, die Leute auszukleiden und abzuwaschen, hat er leider seinen patriotischen Wunsch, verborgne Schönheiten zu entdecken, nicht befriedigen können. Er führt eine Anzahl deutscher und englischer Beobachter an, die alle zu demselben Ergebnisse gekommen sind. Namentlich in Schottland, hat H. Nischausen 1897 geschrieben, „aber auch in Manchester und Liverpool und selbst an manchen Stellen Londons haben wir solche Mengen zerlumpton, barfüßigen, ungewaschenen und ungekämmten, sichtlich durch Alkoholmißbrauch verkommnen Volkes, sowohl Männer wie Weiber, gesehen, wie sie uns bisher in unserm Leben nicht begegnet waren“. Und ein Engländer, Horsfall: „Es besteht jetzt ein sehr starker Kontrast zwischen der physischen Beschaffenheit der Bewohner Londons und aller andern englischen Großstädte einerseits und der von Berlin und allen andern deutschen Großstädten andererseits. Die deutschen Städte weisen einen viel größern Prozentsatz von großen, gut entwickelten Männern und Frauen auf als die englischen Städte, und in keiner großen deutschen Stadt kann man solche Mengen von kleinen, schlecht entwickelten und krank aussehenden Leuten finden wie in den ärmern Stadtteilen von London, Manchester und all den andern großen britischen Städten.“ Ashley will trotzdem so allgemein nicht absprechen. Es kommt ihm überhaupt nicht darauf an, zu beweisen, daß der deutsche Arbeiterstand höher stehe als der englische. Sein kleines aber gediegenes Buch soll nur zeigen, wie dieser Stand im letzten Vierteljahrhundert fortgeschritten ist, und zwar zu einem ganz bestimmten Zwecke: um jenen englischen Theoretikern entgegenzutreten, die behaupten, daß die deutschen Arbeiter unter dem Schutzzoll elend geworden seien, und daß jede Abweichung von der gegenwärtigen Zollpolitik den englischen Arbeitern dasselbe Los bereiten werde. Ashley will, als durchgebildeter Nationalökonom, keineswegs den Schutzzöllnern Waffen liefern, keineswegs beweisen, daß der Schutzzoll den ärmern Massen Vorteil bringe, sondern nur, daß der Schutzzoll den ökonomischen Fortschritt und die Besserung der Lage der arbeitenden Klassen nicht hindere. Er erinnert gelegentlich daran, daß England in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, also in der Zeit, wo es seine Weltstellung errungen hat, weit schutzzöllnerischer gewesen ist als Deutschland; eine Tatsache nebenbei bemerkt, die den Führern unsrer Freihandelspartei natürlich bekannt ist, die aber ihren Anhängern in Zeitungen, Wahl- und Parlamentsreden zu verraten sie sich wohl hüten. — Nicholas B. Gilman hat ein Buch *Methods of industrial peace* geschrieben, dessen deutsche Übersetzung Dr. Bernhard Franke unter dem Titel *Wege zum gewerblichen Frieden* als

ersten Band einer Sammlung: *Moderne Wirtschaftsprobleme* (Berlin, Carl Heymann, 1907) veröffentlicht. Der Gegenstand: die englischen und amerikanischen Unternehmer- und Arbeitervereine, Kollektivverträge, Einigungsverhandlungen und Schiedsgerichte, sind uns aus zahlreichen Schriften und Büchern, namentlich denen von Schulze-Gaevernitz und den beiden Webbs, hinlänglich bekannt. Immerhin hat die Mitteilung des Wortlauts zahlreicher Kollektivverträge in Gilmans Buche und die Beschreibung der Methode, nach der in Neuseeland die Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien gesetzlich beigelegt werden, für die Aufklärung über dieses schwierige Thema einigen Wert. Gilman tritt bei aller Sympathie für die Arbeiter ihren übertriebenen Ansprüchen entgegen und empfiehlt gerade im Interesse der Unternehmer die Verleihung von Korporationsrechten an die Vereine beider Parteien, weil nur unter dieser Bedingung die Gewerksvereine für Schädigungen der Unternehmer durch Vertragsbruch haftbar gemacht werden können. Die Entscheidung des Oberhauses in dem berühmten Prozeß der Taff-Vale-Railway-Company gegen die Amalgamated Society of Railway Servants entbehrt seiner Ansicht nach, weil dieser Gewerksverein nicht als juristische Person anerkannt war, der gesetzlichen Grundlage. (Der Eisenbahnerverband mußte an die Gesellschaft 23000 Pfund Sterling Entschädigung und 27000 Pfund Sterling Prozeßkosten bezahlen, behielt jedoch noch 274000 Pfund Sterling Vermögen übrig.) Die Tatsachen sind ja unsern Großunternehmern alle bekannt; ob die Argumentation Gilmans dazu beitragen wird, ihre Abneigung gegen Kollektivverträge und gegen die Verleihung von Korporationsrechten an die Gewerksvereine zu überwinden, bleibt abzuwarten. — Emil Helms erzählt *Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark*. (Leipzig, C. V. Hirschfeld, 1907.) Mehr als diese Bewegung hat uns der vorausgeschickte Abriss der neuesten politischen Entwicklung Dänemarks interessiert, in die jene verflochten ist. Wie zu erwarten war, ergibt sich aus der Darstellung, daß die Arbeiterbewegung in Dänemark, dem ruhigen Charakter und dem hohen Bildungsstande des Volkes entsprechend, ziemlich ruhig und leidlich vernünftig verläuft. — Friedrich Glaser hat soeben (bei J. G. Cotta, Stuttgart und Berlin, 1907) den ersten Jahrgang (1906) *Wirtschaftspolitischer Annalen* herausgegeben; Untertitel: „Ein Kalendarium der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Kulturstaaten, ihrer Kolonien und Dependenzien.“ Das Werk unterscheidet sich durch die annalistische Form von E. von Halle's „Weltwirtschaft“, von der Volkswirtschaftlichen Chronik dadurch, daß es besonders die Gesetzgebung in den drei genannten Gebieten berücksichtigt und charakteristische Äußerungen der Regierungsvertreter, der Volksvertreter, der Parteiführer, der Interessenvertreter, der Berufsorganisationen und hervorragender Fachmänner wörtlich anführt, von beiden durch den geringern Umfang; macht also den beiden andern Unternehmen nicht Konkurrenz, sondern befriedigt besondere Wünsche und Bedürfnisse. — Von dem guten Büchlein Gustav Maiers: *Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung* (2. Bändchen der Sammlung: *Aus Natur und Geisteswelt*) ist die 3. Auflage erschienen (B. G. Teubner in Leipzig, 1906).

Kultur der Persönlichkeit. Seit mehreren Jahren erscheinen von Zeit zu Zeit einfache dünne Hefte in grünem Umschlag unter dem Namen „Blätter zur Pflege persönlichen Lebens von Dr. Johannes Müller.“ Sie sind nicht im Buchhandel zu haben, sondern nur direkt durch den Verfasser, sozusagen als private Mitteilungen, offene Briefe an nachdenkliche Leute. Es sei erlaubt, den Inhalt dieser Hefte ein wenig näher zu kennzeichnen; vielleicht trägt es zu dem weitem Bekantwerden dieser geistvollen Aufsätze bei.

Dem Herausgeber ist es nicht um Belehren und Erbauen, Lernen und Wissen zu tun, sondern wie der Titel sagt, um Kultur der Persönlichkeit, und diese glaubt er am besten eben durch persönlichen Verkehr, soweit das in dieser Form möglich ist, mit seinen Lesern heben zu können. „Das Verhängnis für unsre ganze persönliche Kultur ist das Zeitungswesen und die Büchermacherei. Wir sind überfüttert mit Abhandlungen, ersticken in einem Schutt von Neuigkeiten und Nachrichten, Kenntnissen und Anschauungen, werden betäubt durch einen Wirbel unendlicher geistiger Interessen, zerstreut und träge durch ein buntes Allerlei geistiger Genüsse und — kommen nicht zu uns selbst.“

Denen nun, die in solchem unruhigen Dasein die Sehnsucht nach dem Sichfinden haben, wollen die grünen Blätter dazu behilflich sein.

Die Bestimmung des Menschen ist, Persönlichkeit zu werden. Dieses: „Du sollst du werden“ zieht sich als roter Faden durch sämtliche Aufsätze. Immer wieder wird man aufgerüttelt aus dem Schlendrian des alltäglichen Lebens und vor die große Pflicht der Arbeit an sich selbst gestellt. Nichts fremdes sollen wir in uns dulden, keine fremden Meinungen, keine fremden Pflichten; nicht anderer Leute Freuden und Leiden, auch nicht ihre Grundsätze. Was wir sind und besitzen, das sollen wir als unser eigenstes Eigentum haben, bewußt gewählt und geprüft. Die Geistes-trägheit, die sich vor der Unbequemlichkeit des Neuen scheut, ebenso wie die geistige Kurzsichtigkeit, die nur die eignen Anschauungen durchaus für normal und recht hält, sie werden gleichmäßig gezeißelt. Was die eigentliche Bedeutung eines Menschen ausmacht, das ist eben das Maß des Persönlichen, was er in sich zur Ausgestaltung gebracht hat, und der große oder kleine, günstige oder ungünstige Einfluß, den er auf seine Umgebung ausübt, beruht nur hierauf.

Der bewußt gewordne Mensch soll „sich aus der Menge der bloß vegetierenden Existenzen herausheben in das Reich wirklichen Lebens“. Von allen Seiten wird dies Thema angefaßt und beleuchtet. Mit Ernst und Begeisterung geschrieben, sind Aufsätze wie „Selbsterhaltung und Selbstgestaltung“, „Das Ja und das Nein“ — oder die des letzten Heftes über „Menschen untereinander“ auch geeignet, ernstes Wollen zu wecken. Daß auch die Fragen der Zeit Beachtung finden, beweisen zum Beispiel die Artikel über die Stellung der Frau. Aus diesen Aufsätzen ist später das Buch: „Beruf und Stellung der Frau. Ein Buch für Männer und Frauen, Verheiratete und Ledige, alt und jung“ entstanden, eines der besten, sachlichsten und maßvollsten, das über dieses moderne Problem geschrieben ist. Müller schildert darin aus einem feinen Verständnis der Frauennatur heraus die Bedingungen, die für sie in und außerhalb der Ehe bestehen (oder geschaffen werden) müssen, damit die Frau volle Entfaltung ihrer Wesensart finden kann. Erst dadurch wird sie fähig, den Anteil ihres Geschlechts an der Entwicklung der Menschheit zu leisten, daß sie diesen Anteil klar erkennt und umgrenzt, und dann jede einzelne an ihrem Platz als Frau oder Mädchen, Mutter oder Gehilfin an seiner Erfüllung wirkt.

Also auch hier ist der Grundgedanke die Persönlichkeit; je mehr die Frau sie selbst wird, das heißt im eigentlichen Sinne weiblich wird und handelt, desto besser wird die Frauenfrage beantwortet werden. So viel auch alle sozialen Veranstaltungen, staatliche und private, tun können und müssen, um ihre Lösung zu fördern, „gelöst wird sie nur durch die Menschen selbst und die rechte Lebensführung. Gehen wir einer neuen Kultur entgegen, die eine Kultur des menschlichen Wesens nach seiner Bestimmung ist, so wird sie die Lösung des Frauenproblems ganz von selbst mit sich bringen.“

Auch andre Zeitfragen werden selbstverständlich in den Blättern zur Pflege persönlichen Lebens besprochen. Näher auf ihre Art einzugehn, wäre unrichtig; man

soll sie eben selbst lesen, und kein Zweifel, man wird Anregung und Mut aus ihnen schöpfen, auf eignen Füßen zu stehen und als selbständiges Ich durchs Leben zu gehen. Bequem ist die Lektüre nicht gerade; auch nicht das Ins-Leben-Übersehen. Denn es handelt sich dem Verfasser nicht darum, allgemeine gute Lehren oder gar Krücken mit auf den Weg zu geben! Er verwahrt sich sogar sehr ernstlich dagegen, daß der Leser „sich an seine Rockschöße hänge“.

Es sind ja durchaus keine absolut neuen Gedanken und Pflichten, die einem in diesen Heften vorgetragen werden, sondern im tiefsten Grunde einfach christliche. Aber es verwirrt und vergiftet sich im täglichen Gebrauch der christlichen Gedanken so vieles von dem folgerichtigen Ernst christlicher Lebens- und Pflichtenauffassung, daß es doch als etwas neues vor uns hintritt, wenn einer uns sagt: Habe den Mut, ganz du selbst (vor Gott) zu werden; nicht andre für dich, sondern du selbst, du allein, sollst den Weg zum Leben, zu Gott, suchen.

Diesen Weg will der Verfasser andeuten und beschreiben, gehen muß ihn jeder selbst. Dem Ziele gegenüber bleibt bei aller Vortrefflichkeit der Hinweise das Mißliche des gedruckten Wortes bestehen. Nicht hundert Bücher, auch nicht sämtliche Grüne Blätter zusammen, können eine wirkliche oder gar christliche Persönlichkeit ersehen und den lebendigen Austausch und Umgang mit einer solchen. Denn nur Leben weckt wieder Leben. Aber immer wieder daran erinnern, daß es solches Leben gibt, daß jeder danach suchen soll, und jeder es erreichen kann, mit andern Worten: daß es unsre Aufgabe ist, Persönlichkeiten zu werden, das wollen die Blätter zur Pflege persönlichen Lebens uns eindringlich zurufen und beweisen. Bertha Göring

Italienische Lyrik. Eine Sammlung von hundert lyrischen Gedichten aus der italienischen Literatur ist unter dem Titel *Le cento migliori liriche della lingua italiana scelte da Luigi Ricci* soeben zu dem außerordentlich geringen Preise von 75 Pfennigen bei Wilhelm Weicher in Leipzig erschienen. „Die hundert besten lyrischen Gedichte“ also. Über die Berechtigung dieses Titels ließe sich streiten, denn wenn die Meinungen schon häufig genug darüber geteilt sind, ob ein lyrisches Gedicht gut oder schlecht ist, so wird man noch weniger gleich hundert schlechtweg als die besten bezeichnen können, ohne den Widerspruch der Kenner herauszufordern. Der Titel „Hundert der besten lyrischen Gedichte usw.“ wäre deshalb vielleicht zutreffender gewesen. Aber man darf sagen, daß die Auswahl recht glücklich getroffen worden ist, und daß aus der ältern italienischen Literatur fast alle großen Meister von Dante und Petrarca an mit einem oder mehreren lyrischen Gedichten vertreten sind. Dagegen vermißt man die Dichter unsrer Zeit, denn über Dall' Ongaro († 1873) und Tommaseo († 1874) geht die Sammlung nicht hinaus. Sollten sich die italienischen Poeten etwa auch zu einem Kartell zusammengetan haben?

Sehr lehrreich ist die Anthologie übrigens hinsichtlich dessen, was die Italiener unter „Lyrik“ verstehen. Gerade hier zeigt sich der Unterschied zwischen romanischem und germanischem Empfinden am deutlichsten. Der Wirklichkeitsinn des Südländers, seine unverkennbare Vorliebe für das Konkrete geben seiner Poesie, auch wo sie sich lyrisch gebärdet, einen epischen und zuweilen sogar einen satirischen Zug, der den Stimmungsgehalt, der bei unsrer Lyrik fast immer die Hauptsache ist, stark beeinträchtigt. Das sehr sauber, und soweit uns eine genauere Prüfung möglich war, fehlerlos gedruckte schmucke Büchlein sei allen Freunden der italienischen Sprache und Literatur angelegentlich empfohlen.

J. A. H.

